

# Die Radikalisierung der Studentenbewegung in Heidelberg

1968/69

Universität Konstanz  
Fachbereich Geschichte  
Wintersemester 2008/09  
Dozent: Prof. Dr. Lothar Burchardt  
Referent: Patrick F. Weber  
Studienfächer: Soziologie (HF), Geschichte (NF)  
Matrikelnummer: 526173

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
1.Die Vorgeschichte sozialistischer Studentenorganisationen.....	4
1.1 Von 1918 bis 1933.....	4
1.2 Nazifizierung der Universität.....	8
1.2.1 Dozenten und Studentenschaft.....	8
1.2.2 Strukturelle Veränderungen.....	11
2. Gründung und Organisation der Sozialistischen Studentenschaft nach 1945.....	14
2.1 Entnazifizierung und Neugründung der Universität Heidelberg.....	14
2.2 Die Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds.....	16
2.3 Richtlinien und Zielsetzungen in der Frühphase des SDS.....	18
2.3.1 Öffnung der Hochschulen.....	19
2.3.2 Träger der geplanten Hochschulreformen.....	21
2.3.3 Auseinandersetzung mit den Korporationen.....	22
2.4 Bruch mit der SPD.....	23
3. Ideologie der 60er Jahre und Radikalisierung am Beispiel Heidelbergs.....	25
3.1 Der Marxismus als theoretische Grundlage.....	25
3.2 Der Dritte-Welt-Standpunkt.....	26
3.3 Vietnam.....	27
3.4 Radikalisierung der Heidelberger Studenten in Fragen der Hochschulpolitik.....	29
Schlußbemerkungen.....	33
Quellenverzeichnis:.....	34
Literatur.....	36

## Einleitung

Die 68er Bewegung ist uns durch regelmäßige Berichte in den öffentlichen Medien als turbulente Zeit mit heftigen Unruhen und Agitationen durch Studenten gegenwärtig. Insbesondere die Hauptprotagonisten, zumeist des Berliner Umfelds der Bewegung, die stellvertretend für diese Periode stehen, dürften uns bekannt sein. Über die Verdienste oder auch das Scheitern dieser Bewegung, deren Tätigkeiten zweifellos bis heute Nachwirkungen hinterlassen haben, wird bis heute heftig diskutiert. Ziel dieser Arbeit soll es sein, einen Blick auf Heidelberg und die Voraussetzungen für die Protestformen des dortigen studentischen Milieus zu werfen und deren Radikalisierung nachzuvollziehen. Für die in Heidelberg besonders ereignisreiche Zeit zwischen Dezember 1967 und Januar 1970 stand die einzigartige Sammlung von Flugblättern, Protokollen, Zeitungsartikeln und Studentenmagazinen zur Verfügung, welche Prof. Dr. Lothar Burchardt an der Universität Heidelberg sammelte, wo er zu dieser Zeit Student und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Geschichte war. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Vorgeschichte sozialistischer Studentenverbindungen bis zum Bruch während der Zeit des Nationalsozialismus, das zweite Kapitel enthält die Gründung eines Verbandes auf Bundesebene sowie die ersten politischen Weichenstellungen, ehe es dann im dritten Abschnitt um die Ideologie der sechziger Jahre geht, die zu einer Radikalisierung der Protestbewegung im Umfeld der Universität Heidelberg führte.

# 1. Die Vorgeschichte sozialistischer Studentenorganisationen

## 1.1 Von 1918 bis 1933

Seit dem Aufkommen sozialdemokratischer Bewegungen in Deutschland gab es jeweils auch Akademiker und Studenten, welche sich zu ihr bekannten. Die Konstituierung einer formellen sozialistischen Studentenorganisation sollte jedoch noch bis zur Revolution um 1918 andauern, da es aus universitätsrechtlichen Gründen nicht möglich war, derartige Vereinigungen zu gründen<sup>1</sup>. Noch während des Ersten Weltkrieges um 1917 begann sich an der Universität in Heidelberg bereits ein Kreis sozialistischer und pazifistischer Studenten um Ernst Toller, einen späteren bedeutenden Schriftsteller<sup>2</sup>, zu bilden. Wegen bestehender gesetzlicher Restriktionen legte man sich einen politisch unverdächtigen Namen „Kulturpolitischer Bund der Jugend Deutschland“, zu. Der späteren „Sozialistischen Studentenschaft“ in Berlin galt diese frühe Gründung als bedeutender Vorläufer ihrer eigenen Organisation<sup>3</sup>. Zumindest in ihrer pazifistischen Ausrichtung dürfte jene Vorgängerorganisation sich im Widerspruch zum größten Teil der Professorenschaft befunden haben. Diese verstanden sich als Sinnstifter in einem Weltanschauungskrieg und erarbeiteten Pläne zur Neuordnung

---

1 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 19.

2 Ernst Toller meldete sich zunächst freiwillig zum Kriegsdienst, wo er sich zunächst durch seinen Einsatz hervortat. Währenddessen entstanden bereits seine ersten Gedichte gegen den Krieg. Nach dem Erleiden eines psychischen Zusammenbruchs kam er zu einer pazifistischen und revolutionär-sozialistischen Einstellung, was ihm zur Gründung jenes Studentenzirkels bewegt haben mag.

Vgl. „Ernst Toller – Wikipedia,“ [http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Toller](http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Toller) (zugegriffen April 16, 2009).

3 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 20.

Mitteleuropas und Deutschlands Rolle darin. Sowohl in Lehre, Forschung als auch in der Öffentlichkeitsarbeit wirkten sie demonstrativ im politischen Geschehen in der Zeit während des Krieges mit. So beschwor der damalige Rektor Eberhardt Gothein den Beitrag der Universität zum nationalen Abwehrkampf und im August 1914 etwa wurde eine patriotische Kundgebung abgehalten<sup>4</sup>.

Dynamik kam in die sozialistischen Bewegungen mit den politischen Umbrüchen nach Beendigung des Ersten Weltkrieges. Der 1919 gegründete Sozialistische Studentenbund Deutschlands und Deutschösterreichs war der Versuch einer überregionalen Organisation sozialistisch gesinnter Gruppen. Die Differenzen verschiedenster Gruppen wie der MSPD, USPD oder des KPD erlaubten keine weitreichenden Beschlüsse und mit der Abspaltung der kommunistischen Studentenbewegung vom Rest der Organisation war dem Unternehmen keine längere Tätigkeit vergönnt<sup>5</sup>. Der Abgang des linksäußeren Spektrums erlaubte jedoch auch Studenten, die der noch jungen Republik zugeneigt waren, zu einem Konsens und zur Zusammenarbeit in einem „Reichskartell der Deutschen Republikanischen Studenten“ zusammenzufinden. In diesem fanden all jene Studentenorganisationen Aufnahme, die sich ausdrücklich zur Republik und deren Verfassung bekannten<sup>6</sup>. Das Kartell wiederum kann als Vorläufer der „Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs“ angesehen werden, welche sich im Dezember 1929 konstituierte. Als Gegenpol zur „Deutschen Studentenschaft“, welche einmal als Verband von Studentenausschüssen aller deutschen Universitäten gedacht war, hatte die Sozialistische Studentenschaft Gelegenheit sich zu profilieren und das eigene Programm zu schärfen. Nachdem die Deutsche Studentenschaft zunehmend dem Rechtsradikalismus anheim fiel, verspielte sie die Gesamtvertretungskompetenzen in den meisten deutschen Ländern. In einer

---

4 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 203.

5 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 21.

6 Ebd. S. 21.

Neugründung der demokratisch gesinnten Studenten zum „Deutschen Studentenverband“ spielten die sozialistischen Gruppen eine tragende Rolle bei der Ausübung des hochschulpolitischen Mandats<sup>7</sup>. Zur Zeit als die Republik bereits eine schwere Krise durchlitt, verstand es der Sozialistische Studententag als erklärtes Ziel, dem Hochschulfaschismus entgegenzuwirken und eine radikale Hochschulreform zu propagieren.

Heidelberg hatte sich, trotz eines vorangegangenen Wandels in Deutschland von einem Kaiserreich zu einer Demokratie, eine gewisse Kontinuität an der Hochschule bewahren können, ganz im Gegensatz zu den radikalen Schnitten, die der Nationalsozialismus später mit sich bringen sollte. Die Professorenschaft, noch dem Milieu eines kaiserlichen Deutschlands entstammend, verhielt sich eher unpolitisch, schien aber die neue demokratische Ordnung zu akzeptieren. Einige gehörten der „Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer“ an. Feierlichkeiten zur Reichsgründung wurden mit weniger nationalistisch gefärbter Euphorie abgehalten als anderswo<sup>8</sup>. Während im Ersten Weltkrieg seitens der Professorenschaft noch mit Eifer agitiert wurde, ging man nun pragmatisch den akademischen Pflichten nach, ohne durch politische Bekenntnisse irgendeiner Art besonders in Erscheinung treten zu wollen. Einzelfälle zeigen jedoch auch, daß Zurückhaltung hinsichtlich der politischen Meinungsäußerung durchaus angebracht gewesen war. Im Falle des Heidelberger Dozenten Emil Gumbel zeigte sich, daß eine pazifistische Äußerung bezüglich des Ersten Weltkrieges wegen der „Verletzung nationaler Solidarität“ für große Empörung sorgen konnte<sup>9</sup>. Jahre später löste die Ernennung Gumbels zum außerordentlichen

---

7 Ebd. S. 23.

8 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 214.

9 Gumbel habe auf einer Versammlung über die Gefallenen des Ersten Weltkrieges gesagt: „ich will nicht sagen auf dem Feld der Unehre gefallen sind, aber sie doch auf gräßliche Weise ums Leben gekommen sind.“

Vgl. Vezina, Birgit, *Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. (Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag, 1982). S. 19.

Professor an der Universität Heidelberg, durch das Kultusministerium, zu brutalen rechtsradikalen Hetzen, sowohl von Seiten nationalkonservativer Professoren, die die Autonomie ihrer Hochschule durch den Beschluß des Kultusministeriums verletzt sahen, als auch durch radikalisierte nationalsozialistische Studenten, die gemeinsam mit den Korporierten die Mehrheit im AStA innehielten<sup>10</sup>. Gumbel wurde 1932 die Lehrerlaubnis entzogen, was ihn schließlich in die Emigration trieb. Die fortwährende Agitation gegen Gumbel bis zu seiner Ausreise vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten zeigt, daß rechtsradikale Ideologie unter der Studentenschaft Heidelbergs zunehmend an Boden gewann. Das Kultusministerium verweigerte dem AStA die Anerkennung als Interessenvertretung aller Studierenden und die Errichtung einer alternativen Vertretung scheiterte stets an der Kompromißlosigkeit der nationalsozialistischen Studenten. Vermutlich setzten diese sich, wegen des Verbots, als Opfer staatlicher Repressalien in Szene um damit um die Solidarität weiterer Kommilitonen zu werben. Nachdem der Heidelberger Studentenschaft eilig eine neue Satzung gegeben wurde, konnten so die Nationalsozialisten und ein Nationaler Block ganze 26 von 30 Sitzen für sich gewinnen<sup>11</sup>.

Nicht nur die Hochschulpolitik drohte durch Faschismus zersetzt zu werden. Dem nationalen Sozialismus, welcher, wie wir anhand eines Beispiels an der Universität Heidelberg gesehen haben, durchaus unter Studenten und Akademikern zunehmend Anhänger fand, wollte man zumindest in den eigenen Reihen entgegenwirken, indem man eine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Studentenschaft auf Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien oder parteilose Studenten beschränkte. Die SPD dankte es der Studentenschaft mit der Gründung einer „Sozialistischen

---

10 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 216 f.

11 Vezina, Birgit, *Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. (Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag, 1982). S. 19 f.

Hochschulgemeinschaft“, welche sie nun auch finanziell unterstützte<sup>12</sup>. Als im Januar 1933 dann die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, mußte die Sozialistische Studentenschaft dann nach „behördlichen Schwierigkeiten“ wie alle anderen sozialistischen Organisationen mit einem sehr baldigen Verbot ihrer Vereinigungen rechnen<sup>13</sup>. In die Illegalität getrieben sah der überwiegende Teil der Sozialistischen Studentenschaft, aus Sorge um die persönliche Unversehrtheit, von einem weiteren politischen Engagement ab. Frühere Mitglieder der SSt waren an mehreren Widerstandsgruppen im nationalsozialistischen Deutschland beteiligt. In München formierte der letzte Vorsitzende der örtlichen SSt selbst eine Widerstandsgruppe, die Kontakte zu Exilvorständen der ebenfalls verbotenen SPD knüpfte. Andere ehemalige Funktionäre versuchten selbst im Ausland sozialdemokratisch tätig zu werden und eine Auslandsvertretung der Sozialistischen Studentenschaft zu errichten<sup>14</sup>.

## **1.2 Nazifizierung der Universität**

### **1.2.1 Dozenten und Studentenschaft**

Zur gesamtheitlichen Erfassung sämtlicher Lebensbereiche und deren Umformung, dem nationalsozialistischen Gedankengut entsprechend, standen die Universitäten als höhere Lehranstalten und Zentren des

---

12 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 25.

13 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 25 f.

14 Ebd. S. 26 ff.

„weltanschaulichen Liberalismus“<sup>15</sup> hoch im Kurs gesellschaftspolitischer Maßnahmen. Der Hochschulbetrieb sollte sich völlig an einem neuen Verständnis von den Bedürfnissen von Rasse, Volk und dessen Staat ausrichten. Neue Richtlinien sollten dafür sorgen, daß Lehre und Forschung nach diesen Prinzipien ausgerichtet wurden. Teilweise wurden hierzu völlig neue Fächer wie Wehrgeschichte und Großraumwirtschaft geschaffen. Ein unmißverständliches Zeichen für den ideologischen Umsturz dürfte wohl auch die Ersetzung der Pallas-Athene Statue, am Eingangstor der Universität, durch einen Reichsadler gewesen sein<sup>16</sup>. Die weiteren notwendigen Reformen zeitigten sehr schnell vor allem Konsequenzen personeller Art. Politisch wie auch „rassisch“ unerwünschte Lehrkräfte sollten aus der Hochschule entfernt werden und hatten linientreuen Personen zu weichen, welche die in Zukunft beabsichtigten Reformen mittragen würden. Gerhard Anschütz, Heidelbergs Ordinarius für Staatsrecht und erklärter Gegner des NS-Regimes und Alfred Weber traten umgehend von ihrer Professur zurück. Besonders jüdische Dozenten sollten einem Erlaß zufolge umgehend entlassen werden und gegen 1937 zusätzlich all jene, die mit Juden verheiratet waren.

Nicht zu unterschätzen ist hierbei auch die Rolle, welche ideologisierte Studenten an der Universität spielten. Sie stellten nun die überwiegende Mehrheit im Studentenausschuss und boten dem nationalsozialistischen Regime Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Interessen an der Universität. Diese denunzierten unliebsame Professoren, störten und boykottierten ihren Lehrbetrieb. Ersteres konnte zu deren Entlassung, letzteres zur freiwilligen Aufgabe der Betroffenen führen. Allein innerhalb eines Semesters wurden an der Universität Heidelberg 56 Dozenten entlassen, was mehr als einem Viertel aller dort Lehrenden entsprach<sup>17</sup>. Selbst die Exmatrikulation jüdischer und linker Studenten konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund durch Verbindungen zum Kultusministerium erwirken. Der

---

15 Gemäß Dr. H. Schlüter, Führer der Heidelberger Dozentenschaft.

Vgl. Vezina, Birgit, *Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. (Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag, 1982). S. 17.

16 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 255 f.

17 Ebd. S. 262 f.

Kopf des Heidelberger NSDStB, Gustav Adolf Scheel, übte durch derart gute Kontakte zur NSDAP großen Einfluß auf die Entscheidungen der Universität aus, wo er zusätzlich im Führungsstab des Rektors saß. 1936 wurde der gar zum Reichsstudentenführer ernannt<sup>18</sup>. Mit derartigen Kompetenzen ausgestattet war es ihm möglich die Studentenschaft, NSDAP, SA und SS für Aktionen zu mobilisieren, für welche er auch über Heidelberg hinaus bekannt werden sollte. Bei einer Bücherverbrennung am 17. Mai 1933 auf dem Universitätsplatz forderte er auf Heidelberg von „jüdisch-zersetzenden“ und „marxistisch-bolschewistischem“ Schriftgut zu säubern. Die Verbrennung diente eher der propagandistischen Öffentlichkeitsarbeit, da die Universitätsbibliothek sich dem natürlich zu entziehen versuchte. Fest steht jedoch, daß eine Reihe marxistisch, pazifistisch oder atheistisch motivierter Bücher nicht mehr entliehen und der Öffentlichkeit damit vorenthalten wurden. Dabei handelte es sich um knapp 2149 Bücher oder etwa ein Zehntel des Bestandes der Stadtbibliothek<sup>19</sup>. Die Universitätsbibliothek wurde nicht gesäubert, bestimmte Werke waren aber ebenfalls nur durch eine Sondergenehmigung erhältlich.

Es läßt sich an der Universität als Teilsystem der gesellschaftlichen Gesamtheit, am Beispiel der oben genannten Ereignisse in Heidelberg, eine gewisse Methodik bei der Festigung und Institutionalisierung des Nationalsozialismus ablesen, welche durchaus auf anderen Feldern ebenfalls Anwendung gefunden haben mag. Mit der Verunglimpfung pazifistischer Akteure als Verräter an der „nationalen Solidarität“ sollten diese an den linken Rand des politischen Spektrums gedrängt und deren Konsensfähigkeit bestritten werden. Durch das Einnehmen einer vermeintlichen Opferrolle, nach dem Entzug der Vertretungsvollmacht für die Studierendenschaft, versuchen sie diesen Konsens mit den restlichen, auch gemäßigten Personen herzustellen und durch entschlossenen Aktivismus in der Öffentlichkeit vermochten sie Widersacher zum Schweigen zu bringen oder Unentschlossene für die eigene Sache zu gewinnen. So konnten sie auch aus einer zahlenmäßigen Unterlegenheit den öffentlichen Diskurs besetzen.

---

18 Ebd. S. 277.

19 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1 edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 278 f.

Sobald man sich in überlegener Position wähnte konnte mit der institutionellen Umgestaltung begonnen werden.

## 1.2.2 Strukturelle Veränderungen

Nachdem zahlreiche Eingriffe in die Selbstverwaltungsrechte<sup>20</sup> der Universität vorangegangen waren, stellte die Einführung des „Führerprinzips“ eine sehr drastische Zäsur dar. Demnach fungierte der Rektor als „Führer“ der Universität, welcher nicht mehr gewählt sondern durch einen Minister der ordentlichen Professoren zu unbegrenzter Amtszeit ernannt wurde. Er hatte weitreichende Befugnisse einen Kanzler zu ernennen und über erzieherische Gesamtaufgaben zu entscheiden. Der Senat sowie die Dozentenversammlung wurden aufgelöst und ein neuer Senat hatte lediglich beratende Funktion, durfte jedoch in keinster Weise mitbestimmen. Abstimmungen jedweder Art waren sogar ausdrücklich untersagt. Ähnliche Vollmacht hatten die Dekane auf Fakultätsebene<sup>21</sup>.

Zum 01. Oktober 1933 trat Professor Groh das Amt als Rektor der Universität Heidelberg an. Neben der Besetzung der Dekanats- und Senatsämter gründete er gleichfalls einen „Stab des Führers der Universität“, welchem auch jener Studentenschaftsführer Gustav Adolf Scheel angehörte. Eine derartige Institution war in der neuen Verfassung eigentlich nicht vorgesehen, aber Professor Groh handelte in dieser Sache eigenmächtig und schien seinerseits die politischen Vorgaben eigenwillig als lose Richtlinie zu interpretieren<sup>22</sup>. Es erklärt sich quasi von selbst, daß Groh in dieses Gremium nur Personen berief, die sein Vertrauen genossen und da Scheel wiederum eine wichtige Funktion innerhalb des Gremiums innehielt und sonst kein

---

20 Diese betrafen vor allen Dingen die Wissenschaftsfreiheit, und das akademische Selbstverwaltungsrecht.

21 Vezina, Birgit, *Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. (Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag, 1982). S. 71 f.

22 Ebd. S. 79 f.

weiterer ordentlicher Professor darin vertreten war, kann auch über die ideologische Gesinnung der Universitätsführung kein Zweifel bestehen. Da die Professorenschaft diese Ideologie nicht uneingeschränkt teilte, blieb die Lehre vorläufig unberührt. Groh sah sich veranlasst schon sehr bald die mangelnde Mitarbeit zur Errichtung der nationalsozialistischen Hochschule zu kritisieren. Solange man rechtlich noch keine Mittel hatte, die verbliebenen ordentlichen Professoren ihrer Tätigkeit zu entbinden, wurde per Neuordnung der Fakultätsverfassung mit dem Beirat ein weiteres Gremium erschaffen, welches vom Dekan ernannt wurde. Die Fakultät wurde auf sämtliche Dozenten und Mitarbeiter entgrenzt, welche nun auch zur Lehre und der Fakultätsarbeit allgemein herangezogen werden konnten<sup>23</sup>. Damit war eine weitere Möglichkeit geschaffen, mittels linientreuen Personals die Arbeit ordentlicher Professoren zu untergraben, welche sich sonst dem Einfluß der Nationalsozialisten zu entziehen suchten.

Wenngleich solche Reformen einer langfristigen Politik Vorschub leisten sollten, war spätestens mit Beginn des Zweiten Weltkrieges an einen ungestörten Studienalltag nicht mehr zu denken. Schon nach 1933 nahm die Zahl der Immatrikulierten stetig ab, zumal ab 1935 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Während des Krieges wurden zunächst alle Fakultäten der Heidelberger Universität geschlossen und nur einige davon nahmen die Arbeit wieder auf. Dort wurden Kriegsvorträge zur Einstimmung der Studenten auf den Krieg gehalten, die Energieversorgung der Universität stark rationiert. Zur Immatrikulation mußte eine militärische Unbedenklichkeitsbescheinigung des Wehrkreisersatzamtes vorliegen, Studenten konnten jederzeit zu Arbeitseinsätzen, etwa in der Landwirtschaft oder einem Wirtschafts- und Ernährungsamt, zum Sanitätsdienst oder Ähnlichem, herangezogen werden. Immerhin stieg im Krieg die Zahl der Studierenden wieder auf ein Niveau, das fast den Stand von 1933 wieder erreichte<sup>24</sup>. Ende 1944 waren die Studenten jedoch bereits anderweitig mit

---

23 Vezina, Birgit, *Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. (Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag, 1982). 82 f.

24 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1 edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW,

Schanzarbeiten im Rahmen des Volkssturmes beschäftigt.

---

2007), S. 281 ff.

## 2. Gründung und Organisation der Sozialistischen Studentenschaft nach 1945

### 2.1 Entnazifizierung und Neugründung der Universität Heidelberg

Wie die Stadt Heidelberg von Kriegsschäden weitestgehend verschont blieb, so mußte auch die Universität keinerlei Schäden hinnehmen, zumindest was die Infrastruktur anbetraf. Als aber am 30. März 1945 die amerikanische Armee einrückte wurden die Universität umgehend geschlossen, die wichtigsten Gebäude besetzt gehalten. Die amerikanische Zonenverwaltung dachte zunächst nicht daran den Hochschulbetrieb allzu schnell wieder aufnehmen zu lassen. Möglicherweise war man der Ansicht, die Universität würde zuviele Studenten anziehen, die sich auf irgendeine Art widerspenstig gegen die Besatzer verhalten würden<sup>25</sup>. Darüberhinaus wurden sämtliche Angestellten der Universität, nicht nur die Lehrkräfte sondern auch Verwaltungsangestellte, als erste Maßnahme einer Entnazifizierung, einer Überprüfung unterzogen. Zahlreiche Mitglieder des Universitätspersonals, darunter elf Professoren und allen voran zwei der Rektoren die in der nationalsozialistischen Zeit amtiert hatten, wurden schon binnen kurzer Zeit nach Einmarsch der amerikanischen Truppen festgenommen. Andere wurden sukzessive aus dem Dienst entlassen, sodass die Universität große Teile des Lehrpersonals verlor. Siebenunddreißig der sechsundfünfzig ordentlichen Professoren mußten ihre Tätigkeit in Heidelberg einstellen<sup>26</sup>.

An der Gestaltung und Neugründung der Universität wirkte ein Kreis ideologisch unverdächtiger Professoren mit, darunter Karl Jaspers, Walter

---

<sup>25</sup> Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007), S. 332.

<sup>26</sup> Ebd. S. 332 f.

Jellinek und der zuvor genannte Alfred Weber. In erster Linie sollte nach den Erfahrungen des Totalitarismus, der auch an der Universität mit dem Führerprinzip Einzug gehalten hatte und unter dem Eindruck der fanatisierten Studenten und Dozenten während nationalsozialistischer Zeit die alte Ordinarienuniversität wiederhergestellt werden. Damit war man unter schwierigen Verhandlungen mit der Besatzungskommandantur darum bemüht auch den Grad der Autonomie, welche eine Universität vor dem Nationalsozialismus genöß, zurückzuerhalten<sup>27</sup>. Eine von diesem Professorenausschuß erarbeitete Satzung wurde im November 1945 von der Badischen Landesregierung genehmigt und als Verfassung übernommen. Demnach war der Rektor wieder Vorsitzender des Senats, kein Führer mehr. Der Senat wiederum konstituierte sich aus allen Ordinarien und Vertretern der Extraordinarien und Nichtordinarien. Alle immatrikulierten Studenten bildeten die Studentenschaft, auf Fakultätsebene konnte die Fachschaft ihre Vertreter wählen und nach Oktober 1946 nahm der Allgemeine Studierendenausschuß (AStA) wieder seine Tätigkeit auf<sup>28</sup>. Die Zahl der Studenten stieg danach stetig an. Waren es im Wintersemester 1945/46 noch 2648 Immatrikulierte, womit man noch unter dem Niveau vor Kriegsende und weit unter dem der Zwanziger Jahre lag, so waren es im Sommersemester 1952 bereits 4621 und 1972 zählte man mehr als 15000 Immatrikulationen<sup>29</sup>.

---

27 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1. edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007). S. 334 f.

28 Ebd. S. 336 f.

29 Ebd. S. 339.

## **2.2 Die Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds**

Bildeten sich schon zur Jahreswende nach dem Zweiten Weltkrieg bereits wieder erste informelle Zirkel sozialistischer Studenten, so war die Gründung für sozialistische Hochschulgruppen in der amerikanischen Besatzungszone, in welche Heidelberg fiel, im Gegensatz zur Britischen noch erschwert. Zunächst war der Betrieb einer sozialistischen Studentengruppe nur als Untergruppierung der örtlichen SPD vorgesehen. Da sich die SPD unter ihrem Beauftragten für die Westzone Kurt Schumacher explizit vom KPD abgrenzte und den „Sozialistischen Studenten“ formell nur SPD Mitglieder angehören durften<sup>30</sup>, versprach man sich seitens der amerikanischen Zonenverwaltung auf diese Weise wohl verhindern zu können, die Studentengremien zu einem Sammelbecken kommunistisch orientierter Studenten zu machen. Denn in der Tat versammelten sich in der Gründungsphase des SDS allerlei Verbitterte, Ernüchterte, ehemalige Kriegsgefangene und allerlei junge Leute die unter dem Krieg gelitten hatten und nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus empfänglich für linkes Gedankengut waren. Viele Studenten, die mittelbar und unmittelbar Kriegsgreuel miterlebt hatten, empfanden den Sozialistischen Studentenbund als einzige Alternative, zur friedlich demokratischen Entwicklung beizutragen ohne sich von einer Partei vereinnahmen zu lassen<sup>31</sup>. Mit dieser Mentalität prägten sie den SDS mit einem Drang nach radikal demokratischer und humanistischer Erneuerung der Universitäten und nicht nur dieser. Durch die Konservativität der Zonenverwaltungen erlebten sie in dieser Hinsicht erneut eine herbe Enttäuschung<sup>32</sup>. Die Studentengruppen, die ihre Sitzungen auch nicht-Mitgliedern der SPD öffneten, agierten so zunächst halblegal.

---

30 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 33 f.

31 Müller-Hill, Benno, „Warum wurden wir Mitglieder im SDS 1946-1960?.“ *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13, no. 2 (1998): 172-189. S. 184.

32 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976). S. 61.

Vom 3. September 1946 an fand die mehrtägige „Zonentagung sozialistischer Studenten“ in Hamburg statt. Der Name war bewußt vage gewählt worden, da sozialistische Studentengruppen zu jener Zeit formell nur in Hamburg und Münster zugelassen waren, wo man infolgedessen auch über die mitgliederstärksten Vereinigungen verfügte. Aus den südwestdeutschen Ländern waren nur wenige Teilnehmer angereist. Die amerikanische Zonenverwaltung haderte, wie bereits gesagt, mit der Genehmigung für sozialistische Studentengruppen und die französische Verwaltung ging noch restriktiver vor. Von insgesamt sieben Studenten aus dem Südwesten kamen immerhin vier aus Heidelberg<sup>33</sup>. Ziel der Tagung war die Errichtung eines überregionalen Studentenbundes für alle Besatzungszonen Deutschlands. In der Eröffnungsrede wurde der zu gründende Sozialistische Deutsche Studentenbund als eine klassen- und parteiungebundene deutsche Jugendbewegung dargestellt, welcher der Befreiung vom Nationalsozialismus eine „innere Freiheit“ folgen lassen wollte. Hierzu müsse man vorbildlich für die Turner- und Burschenschaften, welche eine unheilvolle Rolle in den beiden vergangenen Kriegen spielten, sein und Einfluß auf die Jugendbewegung insgesamt ausüben<sup>34</sup>. So zeigt sich bereits bei der Gründung des SDS, daß der Bezug zum Nationalsozialismus zu allen Zeiten der Studentenbewegung großen Einfluß ausübte und Gelegenheit zur Abgrenzung und Formulierung des eigenen Programms gab. Die neugegründete Organisation sollte völlig parteiunabhängig sein, was allerdings zu einigem Widerstand und heftige Diskussionen über das Wahlrecht führte, wenn der SDS einer breiten Menge unterschiedlich gesinnter Personen offenstand. Man einigte sich schließlich auf einen Kompromiß, es örtlichen Gruppen selbst zu überlassen, ob ein passives Wahlrecht die Mitgliedschaft bei der SPD voraussetzte, da eine

---

33 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 36 f.

34 Die Eröffnungsrede des Kongresses hielt Erich Schult, nachzulesen in: *Hamburger Echo* vom 04.09.1946. Vgl. Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 37.

allgemeingültige Einführung dieser Regelung keine Mehrheit fand<sup>35</sup>. Die genaue Haltung zur SPD gab in den Folgejahren noch einigen Anlaß zu Diskussionen, insbesondere wegen Kurt Schumachers antikommunistischer Linie. Auf einer zweiten Reichskonferenz des SDS wurde beschlossen, daß Mitglieder und Unterstützer der KPD und SED von einer Mitgliedschaft im SDS ausgeschlossen waren. Um den Zutritt weiterhin zu erschweren war ein mehrheitliches Einverständnis der Gruppe notwendig um neue Mitglieder aufzunehmen<sup>36</sup>.

### **2.3 Richtlinien und Zielsetzungen in der Frühphase des SDS**

Die hochschulpolitischen Ziele richteten sich nach einem kulturpolitischen Programm, welches bereits auf der Gründungskonferenz der SDS formuliert wurde. Dieses unterschied „Fernziele“ und Sofortmaßnahmen“, wobei die Sofortmaßnahmen auf nachvollziehbare Weise einer Annäherung an die gesteckten Fernziele diene<sup>37</sup>. Nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß des SDS, der Kommunisten ausschloß übernahm der Landesverband Berlin eine besondere Vorreiterrolle in der Gesamtorganisation. Der antikommunistische Beschluß sowie ein Beschluß zur Solidarität mit dem besetzten Berlin waren notwendig den Landesverband, welcher noch stärker mit der SPD kooperierte, mit denen Westdeutschlands zu konsolidieren. Danach prägten die Berliner die Ideologie des Bundesverbandes maßgeblich, auch mittels Herausgabe einer Zeitschrift „Standpunkt“, welche zunächst nur ein

---

35 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 38 f.

36 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976). S. 63 f.

37 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 108.

Mitteilungsblatt für den eigenen Landesverband, später aber zum zentralen Organ des Bundesverbandes wurde<sup>38</sup>. Einige Grundzüge dieser Ideologie sollen in diesem Kapitel aufgeführt werden.

### 2.3.1 Öffnung der Hochschulen

Ein Hauptziel des politischen Engagements der sozialistischen Studentengruppen war die Öffnung der Universitäten für alle Befähigten ohne Rücksicht auf soziale Stellung<sup>39</sup>. Die Nennung von „Befähigten“ deutet auf ein Leistungsprinzip hin, denn der Andrang auf die Universitäten war groß und ein Numerus Clausus zur Begrenzung der Aufnahme durchaus notwendig. Daß die Bewerbersituation durchaus angespannt war, kann auch hier am Falle Heidelbergs aufgezeigt werden. Die Universität Heidelberg war bereits zu Ende des Krieges bis auf ihre Kapazitätsgrenzen ausgelastet. Es fehlte an Hörsälen und ausreichenden Unterkünften, obwohl Zimmer im Zuge einer Zwangsbewirtschaftung doppelt belegt wurden<sup>40</sup>. Außerdem fehlte es der Universität nach dem Abgang so zahlreicher Lehrkräfte schlicht an Personal, welches die Lehre einer größeren Bewerberzahl zugänglich gemacht haben könnte.

Der Numerus Clausus stand also nicht zur Debatte, es wurden aber gleiche Aufnahmeprüfungen für alle verlangt sowie ein Ende der Benachteiligung von Frauen<sup>41</sup>. Es wurde besonders betont, daß die Leistungen entscheidend

---

38 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976), S. 65.

39 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994), S. 108.

40 Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1 edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007), S. 337.

41 In der Tat waren Frauen an der Universität Heidelberg um 1952 unterrepräsentiert. Sie stellten um diese Zeit 1167 von 4621 Immatrikulierten.

Siehe: Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg*. 1 edn (Leinfelden-Echterdingen:

für eine Zulassung sein sollten, die Bewerber ansonsten völlig gleichgestellt seien. Ausnahmen gab es hierbei für solche aus sozial niederen Schichten, deren Leistungen in einer Pattsituation höher zu bewerten waren, sowie ältere Bewerber die durch Kriegsfolgen an einem Studium gehindert wurden oder durch erschwerte Bedingungen die Hochschulreife erlangt hatten<sup>42</sup>.

1948 kamen Forderungen nach einer völligen Gebührenfreiheit sowie die „materielle Sicherstellung der Lebenshaltung für die Dauer des Studiums“.<sup>43</sup> Diese Sicherstellung sollte durch einen „Studienlohn“ für alle Studenten realisiert werden, welcher wiederum durch eine Erziehungssteuer finanziert werden sollte<sup>44</sup>. Damit erreichte die Forderung eine Dimension, welche nun nicht mehr nur einen Beschluß der Hochschulen oder der zuständigen Kultusministerien, sondern einer bundespolitischen Weichenstellung bedurft hätte. Hintergrund dieser Idee, welche in dieser Form nicht verwirklicht wurde aber möglicherweise Anlaß zur Ausarbeitung der Fördergesetze gegeben haben mag Bildung aus den Töpfen der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu finanzieren, waren Folgen der Währungsreform in Deutschland. Sie verschlimmerte die ohnehin prekäre Situation vieler Studenten ungemein und löste echte Not aus<sup>45</sup>. Die Einführung von Stipendien und Förderungen ließen allerdings noch auf sich warten.

---

DRW, 2007). S. 337.

42 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 109.

43 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 110.

44 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976). S. 64.

45 Ebd.

Siehe auch: Müller-Hill, Benno, “Warum wurden wir Mitglieder im SDS 1946-1960.” *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13, no. 2 (1998): 172-189. S. 186.

### 2.3.2 Träger der geplanten Hochschulreformen

War man sich über eine Notwendigkeit von weitreichenden Reformen auch einig, so war die Frage durch welche Instanz sie eingeführt werden sollten. Eine neue reichs- oder bundesdeutsche Behörde, welche für die Hochschulpolitik verantwortlich zeichnen sollte, war für die sozialistischen Studenten, nach allem was man während der nationalsozialistischen Zeit erlebt hatte, völlig ausgeschlossen. Das tief sitzende Mißtrauen gegen staatliche Bürokratie ganz allgemein schwand erst allmählich durch die parlamentarische Kontrolle auf Länderebene<sup>46</sup>. Gleichwohl setzten sich vielerorts wieder konservative Kräfte in den Gremien durch, die nachhaltige Reformen aus Sicht des SDS obstruierten. Auch im Falle Heidelbergs, wie später noch aufgezeigt, erwachsen aus Meinungsverschiedenheiten, bezüglich der universitären Grundordnungen, handfeste Auseinandersetzungen. Dem SDS schwebten Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen unter Demokratisierung der Selbstverwaltungsgremien vor. Der Behauptung anderer Autoren, diese Forderung sei kaum mit konkreten Handlungsvorschlägen verbunden gewesen<sup>47</sup>, widerspricht das vorliegende Heidelberger Beispiel ganz eindeutig. Dort zeigte sich eher, wie im nachfolgenden Kapitel genauer dargelegt, daß die Studentenschaft sich nicht einmal mit deren Minimalforderungen durchsetzen konnte. Dementsprechend wäre kaum an weitergehende Vorschläge zu denken gewesen.

---

46 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 113.

47 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 113.

### 2.3.3 Auseinandersetzung mit den Korporationen

Die nach dem Krieg anscheinend unvermindert andauernde, zu Anfang der 50er Jahre sogar wieder zunehmende Tätigkeit sogenannter Burschenschaften und schlagender Verbindungen wurde vom SDS mit Sorge betrachtet. Korporationen galten als einem überholten Standesbewußtsein verhaftet welches potentiell antidemokratisch, mit Sicherheit aber nicht im Sinne des Sozialismus gewesen war. So kam man schon im September 1949 zu einem Unvereinbarkeitsbeschuß der einhellige Zustimmung fand, Mitgliedschaften in Verbindungen der traditionell farbentragenden Verbindungen als nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft im SDS anzusehen<sup>48</sup>. In diesem Zusammenhang sollte schnellstmöglich eine Vereinigung freier Studentenschaften ins Leben gerufen werden. Bis zum Februar 1951 gelang dies auch mit der Gründung des „Ring Politischer und Freier Studentenverbände und Gemeinschaften Deutschlands“. Der Name mutet umständlich an, da nicht nur Bundesverbände dem Ring beitraten, sondern auch lokale Gruppierungen, darunter der Bund Christlich Demokratischer Studenten, der Liberale Studentenbund Deutschlands um nur zwei der Wichtigsten zu nennen<sup>49</sup>. Die Ausarbeitung einer Satzung erwies sich jedoch, was bei der gegebenen Größe nicht verwundert, als schwierig und sie erwähnte später in keinem Wort mehr ein konkretes Vorgehen gegen Korporationen. Grundsätzlich einig war man sich nur in der Ablehnung antidemokratischer Haltung, was einem Stillstand gleichkam wenn sich die Korporierten ebenfalls demokratisch gebärdeten. Auf Hochschulebene war nicht viel auszurichten da das Erlassen einer Regelung einer höheren Instanz bedurfte.

---

48 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 117 f.

49 Ebd. S. 118 f.

## 2.4 Bruch mit der SPD

Wichtige Vorbedingung zur Radikalisierung der Studentenbewegung war der vorausgegangene Bruch mit der SPD, zu deren sozialdemokratischem Programm die SDS sich bisher bekannt hatte und aus deren Töpfen sie Fördergelder bezogen hatten. In erster Linie entzündeten sich die Gemüter an Fragen der Wiederbewaffnung Deutschlands und dem Ausarbeiten einer Wehrverfassung, deren Richtlinien auf einer Tagung im Frühjahr 1953 formuliert werden sollten. Die Teilnahme des SDS Bundesvorstandes an dieser Veranstaltung löste Kritik seitens vieler Ortsverbände nach sich. Diese fürchteten, eine generelle Teilnahme und die signalisierte Gesprächsbereitschaft könne in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, die SDS hätte den Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung generell fallengelassen<sup>50</sup>. In dieser Hinsicht konnte der Bundesvorstand also nicht auf eine breite Unterstützung seiner Unterverbände bauen, die anders als eine sozialdemokratische Partei sehr viel differenziertere Interessen in Einklang zu bringen hatten. Infolge dieser inneren Auseinandersetzung beschloß man nun, Proteste gegen die geplante Wehrverfassung auch außerhalb des Parlaments kundzutun. 1954 wurde beschloßen, unter Einbeziehung des Gewerkschaftsbundes, solche außerparlamentarischen Maßnahmen konkret zu planen<sup>51</sup>. Damit hatte sich der SDS erstmals von Fragen, die nur die Hochschulpolitik betreffen, gelöst und hatte sich selbst nach beschlossener Sache in Publikationen gegen die Wehrpflicht ausgesprochen. Damit riefen sie auch Diskussionen im Parlament hervor, in deren Verlauf sich die SPD zerknirscht von seinem Jugendverband distanzieren mußte<sup>52</sup>.

Ein weiterer Meilenstein der zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen SPD und SDS führen sollte, war das Nichtbekenntnis zum Godesberger Programm. Insbesondere die Haltung zu Fragen der Marktwirtschaft und der Landesverteidigung, welche die SPD in Zukunft einnehmen sollte, vermochte den Dissens der SDS hervorzurufen. Nur wenige Wochen nach dem Beschluß

---

50 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976). S. 158.

51 Ebd. S. 162.

52 Ebd. S. 166 f.

des Programms erschien dann ein Artikel der grundlegende Positionen einer scharfen Kritik unterzog, sich allerdings noch auf einen Entwurf desselben bezog. Darin formulierte man, das Programm sei von Resignation und Aufgabe gezeichnet, unterwerfe sich kapitalistischen Denkformen und stelle einen Verrat an den Traditionen der eigenen Partei dar<sup>53</sup>.

Die SPD beklagte weiterhin, der SDS hätte es oftmals unterlassen „Versuche kommunistischer Einflußnahme“ abzuwehren, im konkreten Fall wo man sich weigerte bei einem Parteiverfahren gegen den linken Oswald Hüller auszusagen<sup>54</sup>. Nicht nur die SPD steuerte in dieser Zeit einem Abbruch der Beziehungen zum SDS entgegen. Auch innerhalb des SDS meinte man den Bezug nicht zur gesamten Partei, zumindest aber zu jenem Teil der sich der Remilitarisierung ergab, verloren zu haben. Einer Sitzung zufolge, welche im Juli 1960 in Heidelberg stattfand, war man entschlossen gegen „demokratie- und friedensbedrohende Kräfte vorzugehen<sup>55</sup>. Letzten Endes machten die derart angesprochenen Kräfte die Mehrheit in der SPD aus. Am 18. Juli 1960 beschloß der Parteivorstand der SPD alle Förderungen und Beziehungen zum SDS abubrechen. Dieser zeigte sich darüber überrascht aber dennoch entschlossen sich in den Folgejahren als parteiunabhängige Studentenvereinigung zu etablieren.

---

53 Ebd. S. 374.

54 Ebd. S. 374 f.

55 Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*. Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994). S. 388.

## 3. Ideologie der 60er Jahre und Radikalisierung am Beispiel Heidelbergs

### 3.1 Der Marxismus als theoretische Grundlage

Im Gegensatz zum SDS wurden in der SPD, vor allen Dingen auf Kurt Schumachers Initiative hin, marxistisch gesinnte Personen an den Rand der Partei und schließlich völlig verdrängt. Man glaubte durch die vorhandenen Normen und Verfahrensweisen den Faschismus zur Genüge beseitigt zu haben und betrachtete dessen Wiederkommen als ausgeschlossen. So waren die Sozialdemokraten eher bereit, sich erneut auf ein bürgerlich-parlamentarisches System einzulassen<sup>56</sup>. Unter den Anhängern des SDS hatte man den Marxismus wie auch den Faschismus längst nicht so schnell ad acta gelegt. In der Tat waren Studenten geradezu traumatisiert, die Voraussetzungen für den Nationalsozialismus zu begreifen und dessen Wiedererstarken zu verhindern. Dieses Motiv blieb die ganze Zeit über Dreh- und Angelpunkt aller Bemühungen der Studentenschaft<sup>57</sup>, wobei man wiederum Voraussetzungen des Sozialismus zu ergründen suchte. Dabei galt es die Stellung der Hochschule in der Gesellschaft herauszustellen und Bildung an sich von überkommenen Dogmen zu befreien<sup>58</sup>. Ohne eine ständige theoretische Reflexion wäre dieses Bestreben bedeutungslos geblieben. Da diese Phase der Theoriefindung in den Jahren der Eskalation um 1968 bereits abgeschlossen ist, finden wir in der uns vorliegenden Flugblattsammlung aus Heidelberg leider keine Belege, es sei denn sie stehen bereits im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg und dem sogenannten „Dritte-Welt-Standpunkt“.

---

56 Briem, Jürgen, *Der SDS*. (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976). S. 180.

57 Ebd. S. 184.

58 Ebd. S. 188.

### **3.2 Der Dritte-Welt-Standpunkt**

Den von einer breiten Öffentlichkeit getragenen Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg waren bereits andere Proteste vorausgegangen, die sich auf die Situation in Staaten der Dritten Welt beziehen. Im Dezember 1964 gab es eine studentische Demonstration anlässlich eines Besuchs des Ministerpräsidenten von Kongo-Kinshasa Moise Tshombé. Tshombé wurde allseits von Vertretern der Dritten Welt bezichtigt für die Ermordung des vorausgegangenen Ministerpräsidenten und Führer der Unabhängigkeitsbewegung, Patrice Lumumba, verantwortlich gewesen zu sein. Dabei setzte man sich über die Auflagen der Demonstration hinweg um einige gezielte Tomaten auf Tshombé zu werfen<sup>59</sup>. Wortführer Rudi Dutsche, der auch bei dieser Demonstration zugegen gewesen war, formulierte auch den Gegensatz, der mit der Situation der Dritten Welt im Zusammenhang stand. Dieser Gegensatz war nicht ein ideologischer seitens der sich antagonistisch gegenüberstehenden Machtblöcke, sondern einer der industrialisierten Staaten gegenüber den agrarisch geprägten Staaten<sup>60</sup>. Laut Marcuse mußten Intellektuelle in den Metropolen die Möglichkeit erhalten, ihren Verstand einer gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen um zu einer gleichen Bewertung der Weltlage wie die Unterprivilegierten zu bekommen<sup>61</sup>, damit sie sich quasi solidarisch erklärten und revolutionäre Ansätze entwickelten. Von diesem Punkt ausgehend war Kuba einflußreiches Beispiel eines geglückten revolutionären Umsturzes mit Ché Guevara als dessen Galionsfigur. Daß Guevara in Heidelberg rezipiert wurde, wissen wir aus dem Artikel eines Studentenmagazins dieser Tage. Dieser handelt explizit von der Umwandlung von dort angewandten Guerillataktiken für das urbane Umfeld<sup>62</sup>. Zahlreiche sogenannte „teach-ins“ dürften sich mit diesem Thema befaßt haben. Das Erscheinungsdatum des Artikels läßt außerdem erkennen,

---

59 Juchler, Ingo, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre*. Beiträge zur Politischen Wissenschaft (Berlin: Duncker & Humblot, 1996). S. 74.

60 Ebd. S. 75.

61 Ebd. S. 234.

62 Gutierrez, C.B., „Ernesto Ché Guevara. Die Askese des Aufstandes.“ *forum academicum*, 5., 1967.

daß die folgende Konfrontation der Studenten mit der Universitätsleitung und Ordnungsmacht direkt aus dem Einsatz solcher verschärften, außerparlamentarischen Widerstandsformen resultierte. Mit der Entwicklung von guerilla-artigen Methoden beschäftigte sich ebenfalls Rudi Dutschke, dessen Reden zweifelsohne einen großen Einfluß, nicht nur in Berlin sondern im gesamten Bundesgebiet entfalteten<sup>63</sup>. Mit Demonstrationen und teils innovativen Protestformen, die Guevaras Guerillamethodik abgeleitet wurden, suchte man die eigentlichen Träger der Revolution zu erreichen, das Industrieproletariat. Jenes war, so meinte man, manipuliert, unmündig und geblendet, nicht in der Lage die Potentiale der eigenen entfalteten Kräfte zu erkennen<sup>64</sup>. In Heidelberg jedoch rieb man sich hauptsächlich in Konflikten mit den Ordnungskräften wegen der Hochschulgesetze auf, was wohl kaum auf das Verständnis der breiten Gesellschaft traf.

### **3.3 Vietnam**

An dem Konflikt in Vietnam glaubte man gut ablesen zu können, was vom Kapitalismus als weltumspannende Ideologie zu erwarten war. Der Vietnamkrieg wurde nicht als ein isoliertes Phänomen angesehen, sondern vielmehr diente es als das gegenwärtige Exempel dafür, was die Zukunft bringen würde wenn weitere Dritte-Welt-Staaten gegen die Weltordnung aufbegehrten<sup>65</sup>. Vielmehr würde dieses Aufbegehren gerade zur Notwendigkeit zur Befreiung aus untragbaren Zuständen. Nachrichten und Bilder von begangenen Greuelthaten, die auch für heutige Sehgewohnheiten schwer zu ertragen sind, gelangten beinahe täglich in die Presse und so war die dadurch ausgelöste pazifistische Bewegung vielleicht die

63 Um keinen falschen Eindruck von den hier genannten Guerillamethoden zu bekommen sei angemerkt, daß er sich hauptsächlich mit gewaltlosen Methoden befasste, obwohl er den Einsatz von Gewalt nicht kategorisch ablehnte.

64 Langguth, Gerd, *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung.* (München: Olzog, 2001). S. 44 f.

65 Juchler, Ingo, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre.* Beiträge zur Politischen Wissenschaft (Berlin: Duncker & Humblot, 1996). S. 87.

entscheidendste Möglichkeit um für Solidarität mit der eigenen Sache zu werben<sup>66</sup>. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Heidelbergs sah sich in dieser Zeit ebenfalls veranlaßt, mittels Flugblätter zu Protesten aufzurufen. Eindrücklich werden darauf Greuelthaten bei My Lai geschildert und ein Abriß der zeitlichen Entwicklung des Konfliktes soll über die Umstände und Hintergründe aufklären. Darüberhinaus wird darin bereits angedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland keine so unbeteiligte Rolle im Konflikt spielte, wie es den Anschein hatte. Immerhin würden sie durch die Produktion von Napalmbomben ihren Beitrag zum Krieg leisten<sup>67</sup>. Vietnam also war teil einer neokolonialen Aktion um der unmittelbaren Ausbeutung der Kolonialzeit eine mittelbare folgen zu lassen. Dabei würde man durch Preisgestaltungen auf dem Weltmarkt den Marktzugang für solche Länder erschweren und sie überhaupt bei der Durchführung einer eigenen Industrialisierungsphase behindern<sup>68</sup>. Jener Neokolonialismus beschränke sich außerdem nicht nur auf die Länder der Dritten Welt, sondern fände seine Entsprechung auch in der Situation der Marginalisierten im eigenen Land. Hierbei spielte die Rolle der Schwarzen in den amerikanischen Ghettos eine Rolle. Jene erlitten alle Mißstände eines vernachlässigten Prekariats und wandten sich der „Black Muslim“ Bewegung oder „Black Panther Party“ zu<sup>69</sup>. Der Krieg in Vietnam politisierte viele Studenten wie auch andere Bürger. Dieses rege Interesse suchte man auch auf Angelegenheiten der weniger spannenden Hochschulpolitik zu kanalisieren, welche aber die Lage der Studenten unmittelbar betraf. Da der AStA hier zunehmend auf Widerstände stieß, verglich man die Situation mit der der Unterprivilegierten, welche man gewaltsam an deren Emanzipation hindern wollte.

---

66 Juchler, Ingo, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre*. Beiträge zur Politischen Wissenschaft (Berlin: Duncker & Humblot, 1996). S. 89 f und S. 240..

67 Siehe: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Heidelberg, „Vietnam klagt an.“, undatiert.

68 Lönnendonker, Siegwand, Bernd Rabehl, and Jochen Staadt, *Die Antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD.*.. Schriften des Otto-Stammer Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 1. S. 209.

69 Sonnhütter, Peter, „Black & White.“ *forum academicum*, 5., 1967. S. 11-15.

### **3.4 Radikalisierung der Heidelberger Studenten in Fragen der Hochschulpolitik**

Ein Flugblatt zur Begrüßung neuer Studenten machte Neuzugängen an der Universität Heidelberg bereits klar worum gestritten wurde. Zur gleichen Zeit als die Universität mit stetig steigenden Bewerberzahlen zu kämpfen hatte, meldete sie Schwierigkeiten bei der Umsetzung von geplanten Reformen. „Selbstverwaltung“ war das Zauberwort mit welchem die Universitäten umgestaltet werden sollten, hin zu einem Lehrbetrieb der den Massen der zukünftigen Bewerber gewachsen war. Allein um die genaue Ausgestaltung einer solchen Selbstverwaltung konnte man unterschiedlicher Meinung sein. In der Begrüßung an neue Kommilitonen wünscht man sich seitens des Liberalen Studentenbund Deutschlands vor allen Dingen mehr Transparenz und Mitbestimmungsrechte<sup>70</sup>. Hintergrund dieser Sache ist, da man nach dem Zweiten Weltkrieg ja schnell die alte Ordnung zur Aufnahme des Lehrbetriebs wiederhergestellt hatte, das Ordinarienprinzip. Ordinarien konnten alleine über die Richtlinien der Lehre und Arbeitsweise an ihren Fakultäten bestimmen. In vielen Fällen sahen Studenten die Lehrstühle durch konservative Professoren besetzt, welche ihrer Meinung nach weiterhin ihr nationalsozialistisches Gedankengut weitertrugen und in jedem Fall den progressiven Bestrebungen der Studenten entgegenstanden. Ein Beispiel eines solchen Mannes, an dem sich die Gemüter erhitzen, stellt Werner Conze dar, welcher sich einem Wahlvorschlag korporierter Studenten zufolge Anfang 1968 zur Rektorenwahl stellte<sup>71</sup>. Conze war Mitglied der NSDAP gewesen und hatte sich in einigen Fällen anti-semitisch geäußert. Dementsprechend sollen seine Vorlesungen von brauner Ideologie verfärbt gewesen sein<sup>72</sup>. Der SDS forderte daher ein Mitbestimmungsrecht für Studenten auch über Inhalte der Lehre. Die Lehrinhalte sollten zwar weiterhin dem Ausbildungszweck untergeordnet sein, aber ein solches

---

70 LSD-Heidelberg, „An die neuimmatrikulierten Kommilitonen.“, 23.11.1967.

71 RCDS, „Aspekte.“, Februar 1968.

72 Historikerflugschrift, „Conze und die faschistische Ideologie.“, Frühjahr 1970.

Mitbestimmungsrecht bedeutete eine Abschaffung des Ordinariensystems wie man es bisher kannte. Vereinzelt, so im Falle von Conze, bestreikte man solche Vorlesungen. Zeitungsberichten zufolge kamen solche Fälle häufiger vor. Ein Professor litt anscheinend gar unter psychosomatischen Erkrankungen infolge der Bestreikung und nahm sich später das Leben, nicht ohne in einem Abschiedsschreiben Zweifel über die Gründe seines Ablebens auszuräumen<sup>73</sup>. Ein angekündigter allgemeiner Vorlesungsstreik führte überdies noch andere Gründe an: Zwangsexmatrikulationen bei überschreiten einer Semesterhöchstzahl und Durchfallen bei Prüfungen ohne Wiederholungsmöglichkeiten<sup>74</sup>. Als Gründe für diese Maßnahmen darf man wieder die angespannte Lage an den Universitäten annehmen. Anhand steigender Bewerberzahlen war man daran interessiert den Studenten einen zügigen Abschluß nahezulegen um so Platz für nachkommende Bewerber zu machen. Indessen legte der AStA aber, da der Beschluß einer neuen Grundordnung der Universität bevorstand, Entwürfe einer eigenen Ordnung, dem „Heidelberger Modell“ vor<sup>75</sup>. Der Artikel einer Heidelberger Studentenzeitung expliziert die wesentlichen Forderungen noch einmal. Dort bemängelt man, daß Studenten auch aufgrund ihrer zahlenmäßigen Präsenz in den Gremien völlig unterrepräsentiert wären. Hinzu kommt die besondere Situation, in welcher die Assistenten, welche man als Mittelbau der Universität ausgemacht hatte, wegen der Weisungsgebundenheit an die Ordinarien befangen waren. Gefordert wurde eine Drittelparität aller vorgenannten Gruppen, womit es grundsätzlich möglich war die Ordinarien zu überstimmen<sup>76</sup>. Die Demokratisierungsbemühungen der Studentenschaft finden auch die Zustimmung vieler Professoren, doch bezüglich der Zusammensetzung der Gremien wagt man sich von deren Seite nicht ein klares Bekenntnis abzulegen. Ein fünftel der Stimmen für die Studenten

---

73 „Conzes Behinderung in Heidelberg einer unter fünf Fällen,“ *Rhein-Main Zeitung*, June 21, 1969.

74 AStA Uni-Heidelberg, „Resolution zum allgemeinen Vorlesungsstreik.“, Februar 1968.

75 AStA Uni-Heidelberg, „Informationen für Studenten der Universität Heidelberg.“ 22.01.1968.

76 Kessler, Jürgen, „Das Heidelberger Modell.“ *forum academicum*, 1., Februar 1968.

Auch: von Braunbehrens, Burkhardt, „Wenn wir Drittelparität fordern.“ *Informationen für Studenten der Universität Heidelberg*, 78., 26.02.1968.

hielten sie eher für realistisch<sup>77</sup>.

Der SDS entschied sich nun außerparlamentarische Kampfmittel anzuwenden, um den eigenen Forderungen Gehör zu verschaffen und das zu erreichen, wonach man nach Meinung SDS unbedingt ein Anrecht hätte, nämlich mehr Mitbestimmung. Gegen wiederholte Behinderungen, Streiks und Besetzungen von Vorlesungsräumen reagierte man mit dem Erlass von Notstandsgesetzen. Diese schränkten bestimmte Freiheitsrechte, wie etwa das auf Versammlungsfreiheit, ein. Durch die Notstandsgesetze schaffte man sich nun eine Möglichkeit mit rechtlichen Mitteln gegen die ihrerseits radikalisierten Studenten vorzugehen. Als es am 28. Mai 1968 zu Streiks und Barrikaden gegen die Notstandsgesetze kommt<sup>78</sup>, werden nun auch die Organisatoren solcher Aktionen rechtlich belangt. Mit Hilfe von Rechtshilfefonds versucht man seitens des AStA sich gegen eine Menge von Klagen zu wappnen<sup>79</sup>.

Anscheinend mochte man den Forderungen der Studierendenschaft kein Stück nachgeben. Als die Proteste nicht abebben, suspendiert die damalige Rektorin Becke den AStA, welche wiederum mit weitergehenden Aktionen drohen, sollte diese Suspendierung nicht wieder aufgehoben werden. Eine Reihe von Gründen werden von Becke dabei aufgeführt, aus denen sich die Forderungen des SDS erschließen lassen, welche sie mit außerparlamentarischen Mitteln durchzusetzen suchten. Sie drangen in Senatssitzungen ein deren Öffentlichkeit sie forderten, sprengten Abstimmungen wo sie nicht mitbestimmen durften, besetzten Räume um ihre eigenen Teach-ins zu veranstalten und protestierten gegen ein neues Hochschulgesetz, welches die zentralen Forderungen der Studenten bereits ausgeschlagen hatte<sup>80</sup>. Die Reihe von Ereignissen gipfelt schließlich in einer Polizeiaktion, welche zur Verhaftung von fünf Studenten führte, gegen die ein Haftbefehl erlassen worden war. Unter äußerster Gewaltanwendung drangen

---

77 "Vorstoß Heidelberger Professoren zur Institutsreform," *Rhein-Main Zeitung*, 22.02.1968.

78 "Warnstreik am 28. und 29. Mai. Massenhafte Aktion. Hervorragende Barrikade gegen Notstandsgesetze," *Informationen für Studenten der Universität Heidelberg*, 80., 28.05.1968.

79 AStA Uni-Heidelberg, "Warum ein Rechtshilfefonds?." 20.07.1968.

80 Kultusministerium Baden-Württemberg, "Das Hochschulgesetz. Eine Chance für die Hochschulreform.." Juni 1968.

zahlreiche Polizisten in die Räume des AStA ein und gingen gegen sämtliche Anwesenden vor, die sich zu deren Schutz in den Weg gestellt hatten<sup>81</sup>. Da durch die fortwährenden Aktionen der Universitätsbetrieb insgesamt gefährdet war, das Rektorat mitunter dauerhaft unter polizeilicher Bewachung stand und die Studenten einhellig eine Fortsetzung des Lehrbetriebs befürworteten, bemühte man sich dann allmählich auch seitens der Studentenschaft wieder um eine Deeskalation der Lage. In gewisser Hinsicht waren damit auch die Proteste allmählich zum Erliegen gekommen. Die Kriminalisierung der Proteste sowie der massive Widerstand, auf den die Studenten stießen mußte die Bewegung zum Erliegen bringen. Das Hochschulgesetz und die neue Grundordnung der Universität waren beschlossene Sache, brachten aber auch einige Verbesserungen mit sich. Die Mitwirkung von Studenten wurde auf ein Mindestmaß zurechtgestutzt. In Baden-Württemberg verfügen die AStAs bis heute nur über ein sportliches, musikalisches und kulturelles Mandat ohne Mitbestimmungsrechte in hochschulpolitischen Angelegenheiten.

---

81 AStA Uni-Heidelberg, "Wilde Polizeiaktion im AStA." 10.01.1969.

## Schlußbemerkungen

Der Vorgeschichte um die Konstituierung des SDS und den frühen Zielsetzungen ist möglicherweise unverhältnismäßig viel Raum eingeräumt worden. Von den Ereignissen der 68er erfährt man, nicht zuletzt auch dadurch, daß dieses Thema immer wieder von Printmedien und den Fernsehanstalten aufgegriffen wird, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen. Oft bleibt die Verwunderung über eine Zeit die noch nicht lange zurückliegt, in welcher breite Massen der Bevölkerung auf uns nicht nachvollziehbare Weise politisiert schienen. Daher war es ein Anliegen der vorliegenden Arbeit, die Vorbedingungen eines Milieus zu beleuchten, welches zur Radikalisierung der Studentenproteste geführt hat. Die Auseinandersetzungen mit einer Sammlung von originalen Flugblättern aus dem Heidelberg dieser Zeit erlaubte es, die Perspektive auf einen speziellen Punkt zu lenken wo noch einmal lokale Besonderheiten in Betracht gezogen werden müssen. Aus der Beschäftigung mit dieser ungewöhnlichen Sammlung stellte sich heraus, daß vor allen Dingen die Erinnerungen und Auseinandersetzung mit dem Faschismus eine große Triebkraft für die Dynamik dieser Zeit bedeutete. Aufgrund dieser Erfahrung versuchten die Studenten grundlegende Prinzipien der Vergesellschaftung in Frage zu stellen, was nachvollziehbarerweise drastische Maßnahmen und auch deren Konsequenzen auf den Plan rief.

In der uns gegenwärtigen Zeit, wo Freiheitsrechte empfindliche Einschränkungen erfahren, moderne Produktionsmethoden Arbeitskräfte ersparen und dadurch immer mehr Menschen von der Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen ausschließen, wo die Observation von Bürgern durch miniaturisierte Technik und Internet ohne großen Aufwand möglich ist, da sollte uns die 68er Bewegung Anlaß zu Denken geben, daß eine Rückkehr des Faschismus unter anderem Deckmäntelchen zumindest als Möglichkeit gegeben bleibt.

## Quellenverzeichnis:

- [1] Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Heidelberg, "Vietnam klagt an," undatiert. .  
C. Gutierrez, "Ernesto Ché Guevara. Die Askese des Aufstandes," *forum academicum*,  
[2] 1967, pp. 7-9.
- [3] P. Sonnhütter, "Black & White," *forum academicum*, 1967, pp. 11-12.
- [4] SDS, "Die grosse Koalition: Legislative-Executive-Justiz," Nov. 1967.
- [5] "Springer-Dossier," *forum academicum*, Nov. 1967, p. Rückseite.
- [6] LSD-Heidelberg, "An die neuimmatrikulierten Kommilitonen," Nov. 1967.  
V. Mueller, "Das Ordinarienprinzip wird abgeschafft," *forum academicum*, 1968, pp. 13-  
[7] 16.
- [8] "Eine notwendige Fußnote zur Analyse der Kampagne "Enteignet Springer"," *forum  
academicum*, 1968, p. 10.
- [9] AStA Uni-Heidelberg, "Informationen für Studenten der Universität Heidelberg. Kritische  
Universität. Teach-in," Jan. 1968.
- [10] AStA Uni-Heidelberg, "Informationen für Studenten der Universität Heidelberg," Jan.  
1968.
- [11] ADS, "Stellungnahme des ADS. Grundsatzprogramm," Feb. 1968.
- [12] AStA Uni-Heidelberg, "Resolution zum allgemeinen Vorlesungsstreik," Feb. 1968.  
G. Frei, D. Hildebrandt, B. Königer, and H. Weiß, "Wo die Einfallslosigkeit ihren  
[13] Höhepunkt erreicht," Feb. 1968.
- [14] J. Kegler, "Das Heidelberger Modell," *forum academicum*, Feb. 1968, pp. 3-4.
- [15] RCDS, "Aspekte," Feb. 1968.
- [16] AStA Uni-Heidelberg, "Protest gegen das Hochschulgesetz," Feb. 1968.  
"Kein Visum für den CIA! Denn: der Dienstreis reicht," *Informationen für Studenten der  
[17] Universität Heidelberg*, Feb. 1968, p. 4.
- [18] "Vom Protest zum Widerstand. Internationale Vietnam Konferenz Berlin," Feb. 1968.  
"Vorstoß Heidelberger Professoren zur Institutsreform," *Rhein-Main Zeitung*, Feb. 1968, p.  
[19] 7.
- [20] B. von Braunbehrens, "Wenn wir Drittelparität fordern," *Informationen für Studenten der  
Universität Heidelberg*, Feb. 1968, pp. 1-2.
- "Warnstreik am 28. und 29. Mai. Massenhafte Aktion. Hervorragende Barrikade gegen  
[21] Notstandsgesetze," *Informationen für Studenten der Universität Heidelberg*, May. 1968, p.  
1.
- [22] Studentisches Parlament, "Uni besetzt," May. 1968.
- [23] E. Faupel, "Radikalität ohne Ausweg oder Reformpolitik mit Risiko. Zum Zusammenbruch

- der bisherigen linken Studentenpolitik an der Heidelberger Universität," *forum academicum*, Jun. 1968, pp. 3-5.
- [24] Kultusministerium Baden-Württemberg, "Das Hochschulgesetz. Eine Chance für die Hochschulreform.," Jun. 1968.
- [25] Rektorat Universität Heidelberg, "Die Vorfälle im Zeitraum vom 27. Mai bis 1. Juni," Jun. 1968.
- [26] Streikkomitee, "Dokumentation des Streik-Komitees," Jun. 1968.
- [27] Rektorat Universität Heidelberg, "Warum ich den AStA suspendiert habe," Jun. 1968.
- [28] SDS, "Thesen zum arabisch-israelischen Konflikt," Jun. 1968.
- [29] SDS Heidelberg, "Namenloses Pamphlet," Jun. 1968.
- [30] AStA Uni-Heidelberg, "Warum ein Rechtshilfefonds?," Jul. 1968.
- [31] AStA Uni-Heidelberg, "Information für Studienanfänger," Nov. 1968.
- [32] "Gegen Entartung der Auseinandersetzungen," *Rhein-Main Zeitung*, Dec. 1968.
- [33] AStA Uni-Heidelberg, "Wilde Polizeiaktion im AStA," Jan. 1969.
- [34] Rektor der Ruprecht-Karl-Universität, "Ereignisse der letzten Tage," Jan. 1969.
- [35] "Neue Universität geschlossen," *Rhein-Main Zeitung*, Feb. 1969.
- [36] "Das Zimmer des Verwaltungsdirektors wurde besetzt," *Rhein-Main Zeitung*, Feb. 1969.
- [37] "Conzes Behinderung in Heidelberg einer unter fünf Fällen," *Rhein-Main Zeitung*, Jun. 1969.
- [38] Rektorat Universität Heidelberg, "Mitteilung des Rektorats an alle Studierenden. Gerichtsbeschuß des Verwaltungsgerichts Karlsruhe," Jul. 1969.
- [39] "Universität funktionsfähig erhalten," *Rhein-Main Zeitung*, Nov. 1969, p. 7.
- [40] Historikerflugschrift, "Conze und die faschistische Ideologie," Frühjar. 1970.
- [41] Institutsgruppe Geschichte, "Kritik der Geschichtswissenschaft am Beispiel Conze," *Historikerflugschrift*, May. 1970.
- [42] *Rhein-Main Zeitung*, "Rektor besitzt nicht Vertrauen der Professoren."
- [43] "Aktionsgemeinschaft für Paritätische Mitbestimmung."

## Literatur

Albrecht, Willy, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken.* Politik- und Gesellschaftsgeschichte (Bonn: Dietz Nachfolger, 1994).

Altvater, Elmar, Nele Hirsch, Gisela Notz, and Thomas Seibert, *Die letzte Schlacht gewinnen wir. 40 Jahre 1968. Bilanz und Perspektiven.* (Hamburg: VSA, 2008).

Briem, Jürgen, *Der SDS.* (Frankfurt: päd extra Buchverlag, 1976).

Cser, Andreas, *Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg.* 1 edn (Leinfelden-Echterdingen: DRW, 2007).

“Ernst Toller – Wikipedia,” [http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Toller](http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Toller) (accessed April 16, 2009,).

“Godesberger Programm,” *Wikipedia*  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger\\_Programm](http://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm) (accessed April 20, 2009,).

Juchler, Ingo, *Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre.* Beiträge zur Politischen Wissenschaft (Berlin: Duncker & Humblot, 1996).

Langguth, Gerd, *Mythos ´68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung.* (München: Olzog, 2001).

Lönnendonker, Siegwand, Bernd Rabehl, and Jochen Stadt, *Die Antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD.* Schriften des Otto-Stammer Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 1.

Müller-Hill, Benno, “Warum wurden wir Mitglieder im SDS 1946-1960.” *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13, no. 2 (1998): 172-189.

Rabehl, Bernd, Frank-Uwe Fuhrmann, Reiner Koll, Siegward Lönnendonker, Matthias Manrique, and Klaus Schroeder, "Die Provokationselite. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und die sozialen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren." *Archiv "APO und soziale Bewegungen"* <http://web.fu-berlin.de/APO-archiv/Online/SDSPROVO.htm> (accessed April 19, 2009,).